

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

EU-Kohäsionspolitik für Mecklenburg-Vorpommern zukunftssicher fortentwickeln - massiven Kürzungen entschieden entgegenzutreten

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. die bisherige Kohäsionspolitik der EU für Mecklenburg-Vorpommern eine Erfolgsgeschichte ist. Alleine in der aktuellen Förderperiode von 2014 bis 2020 erhält das Land aus den Europäischen Fonds EFRE, ELER und ESF Fördermittel in Höhe von 2,289 Milliarden Euro, insgesamt sind in den vergangenen Förderperioden sogar circa zehn Milliarden Euro nach Mecklenburg-Vorpommern geflossen. Auch wenn diese Mittel eine positive Entwicklung im Land bewirkt haben, bestehen noch immer erhebliche strukturelle Defizite.
2. eine deutliche Reduzierung der Fördermittel in der kommenden Periode ab 2021, wie sie durch die EU-Kommission in dem Bereich der Kohäsionspolitik vorgeschlagen wurde, die positive Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns beeinträchtigen würde.
3. sich die Programmerstellung und Verwaltung der EU-Fonds auf Ebene der Regionen grundsätzlich bewährt hat.

II. Der Landtag begrüßt, dass

1. nach dem Vorschlag der EU-Kommission weiterhin alle Regionen der Europäischen Union Fördermittel aus den EU-Fonds erhalten sollen. Insbesondere wird die Beibehaltung der Kategorie der Übergangsregionen begrüßt, der Mecklenburg-Vorpommern auch künftig angehören wird.
2. die Vorschriften für die EU-Fonds vereinfacht und flexibler gestaltet werden sollen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundes- und auf europäischer Ebene gegen die geplante Absenkung der Kohäsionsmittel von etwa 20 Prozent stark zu machen,
2. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Programmerstellung und Verwaltung der EU-Fonds weiterhin auf regionaler Ebene erfolgt und keine Verlagerung auf die nationale Ebene stattfindet.
3. sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, den ELER auch zukünftig im Rahmen der Kohäsionspolitik zu belassen, um eine drohende Verschiebung zulasten der Entwicklung der ländlichen Räume zu verhindern.

Simone Oldenburg und Fraktion**Begründung:**

Am 2. Mai 2018 hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union vorgestellt, Ende Mai legte sie zudem ihre Vorschläge für die zukünftige Ausgestaltung der EU-Kohäsionsförderung ab 2021 vor. Für Deutschland sind massive Kürzungen in Höhe von circa 20 Prozent, verglichen zum vorherigen Zeitraum, vorgesehen. Trotz der im europäischen Vergleich guten wirtschaftlichen Entwicklung, auch in Mecklenburg-Vorpommern, benötigt das Land auch weiterhin substanzielle Unterstützung aus den EU-Fonds, um die erreichten Erfolge zu stabilisieren und drohenden Stagnationsprozessen durch zukunftsgerichtete Fördermaßnahmen entgegenzuwirken.